

P r o t o k o l l

der Sitzung des zeitweiligen Ausschusses zur Kreisgebietsreform am 13. Mai 2011 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:55 Uhr

Anwesenheit

Herr Dr. Bartels
Herr Dr. Fassbinder
Herr Mundt
Herr Hoebel
Herr Dr. Kerath
Herr Liskow
Herr Dr. Meyer
Herr Pegel
Frau Socher
Herr Dr. Steffens

Entschuldigt

Herr Dr. Bittner
Herr Dr. Kasbohm

Verwaltung

Herr Bauer
Frau Demuth
Herr Maas
Frau Schlegel
Frau Wanke
Herr Wille

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls vom 15.04.2011
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 4.1. Vorläufige Hauptsatzung für den Landkreis Südvorpommern gem. § 20 Abs. 1 LNOG M-V 05/519
Oberbürgermeister
- 4.2. Namensvorschlag für den künftigen Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung Südvorpommern 05/520
Oberbürgermeister
- 4.3. Beschlussempfehlung der AG
Aufgabenrückübertragung
5. Informationen der Verwaltung
6. Fragen, Vorschläge und Hinweise der Ausschussmitglieder
7. Informationen des Ausschussvorsitzenden
8. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Dr. Bartels eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Bartels empfiehlt, den TOP 4.3. als zentralen Punkt, der heutigen Beratung als neuen TOP 4.1. vor zuziehen.
Dieser Vorschlag findet mehrheitliche Zustimmung.

Herr Dr. Bartels läßt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu TOP: 3. Bestätigung des Protokolls vom 15.04.2011

Herr Dr. Bartels läßt über das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.04.2011 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

Herr Dr. Bartels lässt über das Protokoll des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 15.04.2011 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 4. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

Zu TOP: 4.1. *Beschlussempfehlung der AG Aufgabenrückübertragung*

Aus der Arbeitsgruppe wird über das Zustandekommen und die Inhalte der Beschlussvorlage berichtet. Die dargelegten Inhalte finden eine breite Zustimmung. Es wird jedoch darauf hingewiesen, die Rückholbegehren mit einem Finanzvorbehalt zu versehen, wonach eine Rückholung nur bei einem angemessenen finanziellen Ausgleich angegangen werden sollten.

In der folgenden Diskussion wird festgelegt, dass es Ziel sein sollte, eine Vorlage zusammen zu stellen, in der alle Rückholbegehren gesammelt werden. In diese Vorlage soll dann der Vorbehalt einer angemessenen finanziellen Beteiligung mit aufgenommen werden.

Weiterhin wird festgelegt, den Bereich Abfallwirtschaft an Punkt 5 der gemeinsamen Vorlage zu setzen, da dort nicht wirklich ein Rückholen gewünscht wird. Vielmehr soll der Umgang mit dem Bereich Abfall auch die Verhandlungsbereitschaft der UHGW deutlich machen. Es wird empfohlen, Herrn Hoth zur Sitzung der Bürgerschaft einzuladen, da dieser über die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Teilhabe der Stadt informieren kann.

Herr Hoebel erklärt sich bereit, die vorliegenden Einzelvorlagen zu einer Vorlage mit den genannten Konkretisierungen zusammen zu fassen. Es wird festgelegt, dass in der Vorlage in kurzer Form die Rückholbegehren formuliert werden sollen, ohne diese ausführlich zu begründen. Für interne Abstimmungen und Begründungen können jederzeit die Einzelvorlagen herangezogen werden.

Seitens der Verwaltung macht Herr Wille deutlich, dass die Aufgabe als örtlicher Träger der Jugendhilfe nur unter vollständiger Ausfinanzierung durch den neuen Landkreis erfüllbar ist, während freiwillige Leistungen in einem gewissen Umfang auch weiterhin durch die Stadt erbracht werden könnten.

Herr Dr. Bartels lässt darüber abstimmen, dass die Vorlagen zu einer Vorlage zusammengefasst werden und mit einem Vorbehalt bezüglich der Finanzierung zu versehen sind.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu TOP: 4.2. Namensvorschlag für den künftigen Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung Südvorpommern

Herr Dr. Bartels informiert aus der Beratung des Präsidiums. Bezüglich des Namens besteht keine Einigkeit, jedoch konnte über das Verfahren Einigkeit erzielt werden. Danach hat jedes Mitglied der Bürgerschaft zwei Stimmen, die jedoch nicht kumuliert werden dürfen. Es zeichnet sich ab, dass die bei den meisten Fraktionen an zweiter Stelle genannte Variante „Vorpommern-Greifswald“ mehrheitsfähig sein könnte.

Zu TOP: 4.3. Vorläufige Hauptsatzung für den Landkreis Südvorpommern gem. § 20 Abs. 1 LNOG M-V

Herr Bauer informiert über redaktionelle Änderungen, die den Mitgliedern des Ausschusses vorliegen und bereits eingearbeitet worden sind.

Frau Socher informiert aus der Fraktion Die Linke, dass dort erhebliche Bedenken gegen Teile der Hauptsatzung bestehen (u.a. Nichtöffentlichkeit des Kreis Ausschusses, finanzielle Ausstattung, Anzahl von Ausschussmitgliedern). Daher wird die Fraktion der Satzung in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Herr Pegel stellt fest, dass diese Bedenken bekannt sind, weist jedoch auf die Vorläufigkeit der Satzung hin. Der neue Kreistag wird gerade in diesen Fragen neu nachdenken müssen. Ziel müsse es jedoch nun zunächst sein, die im gemeinsamen beratenden Gremium erarbeitete vorläufige Satzung in den Gebietskörperschaften nun auch einheitlich zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 5. Informationen der Verwaltung

Herr Bauer informiert über die Beratung des Kooperationsstabes vom 06.05.2011. Dort wurde unter anderem der Vorlage Greifswalds zum Antrag zur Rückholung der Gymnasien und der IGS an das zuständige Ministerium zugestimmt. Diese Vorlage wird nun den Kreistagen der Landkreise zum Beschluss vorgelegt.

Frau Schlegel informiert über den Stand der Erarbeitung der Vereinbarung zur Überleitung von Aufgaben, Verträgen und Personal und den aktuellen Diskussionsstand in den Verwaltungen. Sie schildert dabei auch die auftretenden Probleme in den Verhandlungen mit den Landkreisen und bittet den Ausschuss um Hinweise, falls

andere Regelungen als die vorliegenden gewünscht würden.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Weiterführung des Haushaltes bis zum 31.12.2011 ein Entgegenkommen Greifswalds darstellt und dafür eine reibungslose Überleitung von Verträgen erwartet wird. Anderenfalls müsse Greifswald sein Entgegenkommen überdenken.

Es wird bis zum Monatsende die Zuarbeit aus den Landkreisen zum Vereinbarungsentwurf erwartet. Auf Nachfrage von Herrn Pegel erklärt Frau Schlegel, dass Regelungsbelange das Abendgymnasium betreffend in die Vereinbarung in kurzer Form mit aufgenommen werden können. Es wird angeregt, durch den Begleitausschuss die Vereinbarung auf Prioritätensetzungen hin durchzusehen und der Verwaltung entsprechende Hinweise zu geben.

Herr Bauer und Frau Schlegel weisen darauf hin, dass Teile der Vereinbarung möglicherweise die Zustimmung der Kreistage benötigen und dass diese Frage daher auch laufend im gemeinsam beratenden Gremium thematisiert werden sollte.

Herr Wille legt anhand einer Präsentation die finanziellen Folgen der Gebietsreform unter Einbeziehung der aktuellen Entwürfe zum FAG dar, wonach Greifswald künftig wieder mit einem jährlichen Defizit zu rechnen hat. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt. Herr Wille weist darauf hin, dass seitens des Landkreistages Forderungen zur FAG-Novelle gegenüber dem Innenministerium erhoben wurden, die dieses Defizit eher noch größer werden lassen könnten.

Zu TOP: 6. Fragen, Vorschläge und Hinweise der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Fragen, Vorschläge und Hinweise vor.

Zu TOP: 7. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine weiteren Informationen des Ausschussvorsitzenden vor.

Zu TOP: 8. Schluss der Sitzung

Herr Dr. Bartels dankt den Mitgliedern des Ausschusses und den Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Mitarbeit und beendet die Sitzung gegen 16:55 Uhr.

Ausschussvorsitzender

für das Protokoll